

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

228 (27.9.1877)

Frankreich.

Paris, 24. Sept. Das Wahlmanifest des Hrn. Thiers, welches 9 1/2 Spalten des „Journal des Debats“ füllt, beginnt mit einem ausführlichen Plaidoyer für die aufgelöste Kammer von 1876/77.

Man hätte von derselben fünfzehn befürchten können; erstens, daß sie Steuerprojekte annähme, die mit gesunden Finanzgrundlagen unvereinbar sind; zweitens, daß sie sich für einen Retructierungsmodus einschiede, der die Herstellung einer tüchtigen und zeitgemäßen Armee unmöglich mache; drittens, daß sie sich durch die politischen Kundgebungen gewisser Prälaten, in denen eine Herankforderung von Nachbarländern lag, und durch gewisse Ansprüche des Klerus, die sich mit den alten Prinzipien der französischen Kirche nicht vereinigen lassen, zu Diskussionen hinreißen lassen könnte, welche für das gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche bedenklich sein könnten; viertens, daß sie aus Anlaß der orientalischen Angelegenheiten für Fragen der auswärtigen Politik in einer Weise sich ereifere, welche die Fortdauer des Friedens erschweren könnte; endlich fünftens, daß die systematische feindliche Haltung des Senats einen Konflikt zwischen den beiden Häusern herbeiführte. Aber vor allen diesen Klippen habe die Kammer sich in der rühmlichsten Weise zu bewahren gewußt. Das herrschende Steuersystem sei unerschütterlich geblieben und die Einkommensteuer insbesondere fern gehalten worden; ein Antrag, die Dienstzeit von 5 Jahren auf 3 Jahre herabzusetzen, habe ebenfalls kein Glück gemacht; nicht nur sei kein Antrag, welcher das Konordat mit dem heil. Stuhl in Frage stelle, durchgebrungen, sondern die Kammer habe trotz der tabelnswürdigen Aufführung mehrerer Bischöfe das Kultusbudget sogar noch um einige tausend Franken erhöht und Hirtenbriefe, welche das Land in einen Krieg hätten verwickeln können, mit einer einfachen Tagesordnung gesandt; im Gegenfall zu allen Tribünen Europas, zu den Kammern von Berlin, Wien, Rom, London, Belgrad, Bukarest, Athen, habe die französische Kammer allein zu den orientalischen Angelegenheiten geschwiegen, nicht etwa, weil man die Geschäftlichkeit unserer Diplomatie sonderlich bewunderte, sondern nur um zu der schon in der Welt herrschenden Aufregung nicht noch beizutragen; was endlich den Senat betrifft, so hätte ihm das Abgeordnetenhaus in dem Budgetstreit sogar noch mehr zugehört, als seine Pflicht war, um nur den Frieden zwischen den beiden Staatskörpern zu erhalten.

Wie soll man sich also, fährt das Manifest fort, den plötzlichen Bruch mit dieser Kammer erklären? Sie war, sagt man, radikal. Was will dieses in Frankreich wenigstens neue und bei dieser Gelegenheit in unsere politische Sprache eingeführte Wort bedeuten! Man spricht nicht mehr vom Socialismus und man thut wohl daran. Man konnte und mußte vom Socialismus sprechen, als man in Frankreich noch alle Tage über das Eigentumsrecht, das Recht auf Arbeit, die progressive Steuer, die Gleichheit der Löhne, den unentgeltlichen und unbeschränkten Kredit sprach. Diese Worte sind jetzt bei uns vergessen; aber man spricht sie anderwärts aus. Die moralischen Epidemien dauern, wie die physischen, nur eine gewisse Zeit und wandern aus einem Lande in das andere. Der Socialismus hat sich in mächtige und rühmliche Nachbarländer verlegt, die ihm gebührende Aufmerksamkeit schenken, ohne sich von ihm erschrecken zu lassen, weil sie wissen, daß wirkliche oder angenommene Gerechtigkeit die Epidemien nur nach gefährlicher macht, und weil sie anerkennen, daß es für die moralischen Epidemien kein anderes wirksames Mittel gibt als die Zeit, die Vernunft und die Freiheit. So haben wir uns den Socialismus vom Halse geschafft und so werden sich auch alle anderen Länder, die er heimlich, von ihm befreien. Was bedeutet hingegen das Wort Radikalismus, welches die Minister vom 16. Mai gebrauchen? Wenn man darunter gewisse Entwürfe des demokratischen Geistes versteht, die sich auf die Verwaltung, das Finanzsystem, die Gesetzesfassung, die Glaubenssachen, die gegenseitigen Beziehungen der öffentlichen Gewalten, die Einmischung der Kammern in die auswärtige Politik beziehen, so würde man ohne Zweifel einer Kammer, die sich in dieser Richtung fortzusetzen ließe, entschieden Widerstand leisten müssen. Aber eine Kammer radikal zu nennen, welche die Einkommensteuer nicht einmal zur Verhandlung bringt, die militärische Dienstzeit nicht ansetzt, allen vom Staate anerkannten Kulturen ihre Bezüge bewilligt und die des katholischen Kultus sogar noch erhöht, angeklagt verwerflicher Akte gewisser Bischöfe sich auf einen bloßen Tadel beschränkt während alle anderen Bürger sich mit solchen Akten schwerer Strafe aussetzen würden, den Minister des Aeußern mit jeder unbedeutenden Anfrage verschont und dem Senat Rechte zugesetzt, welche England seinem Hause der Lords verleiht, eine solche Kammer radikal nennen, nein, meine Herren Minister, das können Sie sagen, aber Sie glauben es selber nicht!

Von den allgemeinen Punkten auf besondere übergehend, erinnert das Manifest an die besonnene Haltung der Kammer in Sachen der Amnestie und an ihre außerordentliche Nachgiebigkeit gegen den Senat in Sachen des höheren Unterrichts. Für die unerhört standhaften Auftritte aber, deren Schauplatz sie gewesen ist, könne man wahrlich nicht sie, sondern nur die verschworenen Feinde der Republik verantwortlich machen. Dies führt den Verfasser zu einer gelegentlichen oratio pro domo; er erklärt, warum er am 24. Mai 1873 zurücktrat, warum er, wie er sich ausdrückt, „seinen Nachfolger nicht zehn Minuten lang auf seine Demission warten ließ“.

Ich hätte so lange am Ruder bleiben können, wie die Nationalversammlung selbst. Ein Verfassungsgesetz gab mir das Recht dazu; ich hätte bleiben können, jedoch nur unter einer Bedingung, das ich nämlich ein Ministerium entließ, welches mein Vertrauen besaß und bei allem Nützlichem, was ich vollbrachte, seinen bedeutenden Antheil hatte. Das wollte ich nicht. Ein König, der durch das monarchische Prinzip gezwungen ist, zu bleiben, kann dieses Mittel anwenden, nur die öffentliche Meinung zufriedenzustellen; ein gewähltes Oberhaupt, gewählt gerade weil es dem Grundsatze huldigt, daß die Regierung stets mit der Majorität der Landesvertretung Hand in Hand gehen muß, hat,

sobald dieses Einvernehmen aufhört, das Recht, sich zurückzuziehen. Das Land war allerdings auf meiner Seite, nicht aber die Kammer, die mich gewählt hatte. Zu dieser Rücksicht auf meine persönliche Würde trat aber noch eine andere und höhere, das dringende Interesse des Landes. Die Frage, ob Monarchie oder Republik, ist für Frankreich eine Dual geworden. Sie zu lösen, ist für seine Ruhe, sein Wohlergehen, seine Zukunft von der höchsten Wichtigkeit. So lange ich am Ruder war, konnte man sagen, daß mein böser Wille allein die Wiederherstellung der Monarchie hinderte; mit meinem Rücktritt mußte die Wahrheit an den Tag kommen. Die siegreiche Majorität lieferte die Regierung den erklärten Anhängern der Monarchie aus; sie thaten, was ihnen gefiel. Den Gesetzen und allem Anstande zum Trotz gingen Männer ohne Auftrag mit der Krone von Frankreich in Europa auf offener Heerstraße hausiren und nach allen diesen unter den Augen der ganzen Welt gemachten Anstrengungen mußte man eingestehen, daß die Monarchie unmöglich war.

Dieses Mißerfolg ungeachtet habe man am 16. Mai einen neuen Versuch unternommen, gegen den gemeinsamen Feind, die Republik, Sturm zu laufen. Das Manifest hält dem Ministerium sein satfam bekanntes Sündenregister vor: unter einer republikanischen Verfassung ein durchaus antirepublikanisches Regierungspersonal. Die Frage vom 16. Mai lasse sich wie folgt zusammenfassen:

Soll man die Republik wollen, und wenn man die Republik will, soll man ihre sichere Grundlagen und Säulen geben, die ernstlich befreit sein werden, sie zu behaupten? Da frage ich nun jeden ehrlichen Menschen, welcher Partei er auch angehört, ob man den Grafen Chambord mit den Meinungen, zu denen er sich bekennt, und mit der Föhne, in die er sich hält, heute auf den Thron erheben kann oder vielleicht hofft, daß dies später möglich wäre, wenn er seine Gesinnungsweise geändert hätte. Wir achten ihn zu sehr, um es zu glauben. Ich will nicht von den Prinzen von Orleans sprechen, die nur nach dem Grafen Chambord und in der Reihenfolge ihres Erbrechts genannt sein wollen; aber ich frage, ob man etwa heute Frankreich den kaiserlichen Prinzen zumuthen könnte, welcher, wie unschuldig er auch an dem Unglück Frankreichs sein mag, ihm dasselbe so lebhaft in's Gedächtnis ruft, daß es davon noch jetzt erbebt. Niemand wird die Frage zu bejahen wagen und in der That verschoben alle Freunde dieses Präbidenten die Ausführung ihres Wunsches auf spätere Zeiten. Daher sei auch trotz der Rücksicht, auf welche alle monarchischen Parteien zählen können, nichts unternommen. Was soll aber Frankreich bis zu diesem mehr oder weniger entfernten Zeitpunkt thun? Es soll warten, bis seine künftigen Herren bereit sind, bis der eine sich zu anderen Ideen bekehrt hat, ein zweiter in der Erbfolge-Ordnung angetreten ist, ein dritter seine Erziehung vollendet hat: und bis dahin soll Alles, Handel, Gewerbe, Finanzen, Staatspolitik, in der Schwere bleiben. Wie könnte man in der That Industriellen zumuthen, sich auf große Unternehmungen, Finanzmännern, sich auf Anleihen einzulassen, wenn eine neue Katastrophe in Sicht ist, wie sollten Kabinette Verbindungen oder Allianzen aufknüpfen, wenn sie befürchten müßten, neue Persönlichkeiten mit einem neuen Geiste an die Spitze der französischen Politik treten zu sehen? Wird man wagen, eine solche Sprache zu einer großen Nation zu führen, welche Europa in seinem Ruhme und jetzt auch in seinem Unglück bewundert hat, da sie sich so rasch wieder aufrichtete, so satibütig und fest allen Aufreizungen Gehör verlagte?

Männer, welche, weil sie sich Monarchisten nennen, sich einbilden, in das Geheimniß der Kronen eingeweiht zu sein, behaupten, man wüßte ihr Reich, weil Frankreich dann sein Ansehen und Allianzen wiedergewinnen werde. Nun denn, sagen wir diesen Männern, welche Europa zu kennen glauben und nicht die ensertenteste Vorstellung davon haben, welche ihm ihre Vorntheile, ihre Unwissenheit leihen, daß Europa zu ihren Ansprüchen und Hoffnungen mittelbar die Achseln zuckt und sie tadelt, diese Verwirrung über ihr Land gebracht zu haben, statt es in der heute einzig möglichen Regierungsform zu organisiren. Dieses Europa hand eheben unter absoluten Fürsten und den Fortschritt der Zeit erkennend, hat es sich unter konstitutionellen Fürsten organisiert; es hat sich dabei sehr wohl befinden, es begreift, daß Frankreich nachdem drei Dynastien gefallen, sich auf die Republik einrichten konnte, welche es in sechs Jahren aus dem Abgrunde gezogen hat, in den es diese Monarchien gestürzt hatten; es sah, nachdem unser militärisches Ansehen einen Augenblick erschüttert worden, sein neues Ansehen erheben, dasjenige der unerschöpflichen Lebenskraft eines wiedergewonnenen Landes, welches sich wieder erhebt und der Welt ein unerhörtes Schauspiel von Hilfsquellen aller Art bietet, so zwar, daß Frankreich nach Reichthümern, nach Sedan, nach Metz wieder groß dastehet. Unter der Monarchie war es gefallen, unter der Republik hat es sich wieder aufgerichtet. Und jetzt wollen die monarchischen Parteien es noch einmal in seinem Wiederherstellungswerke stören!

Das Manifest wiederholt also noch einmal: die Monarchie bedeute jetzt den Bürgerkrieg sofort oder in zwei, drei Jahren, die Republik eine billige Vertheilung der Regierung des Landes unter alle seine Kinder im Verhältnisse ihrer Kräfte und Verdienste. Es unternimmt dann den beinahe überflüssigen Beweis, daß die ministeriellen Parteien nur eine Maske annehmen, wenn sie sich für Freunde der Republik ausgeben, und daß auch die Untertheilung, welche sie zwischen einer guten und einer schlechten Republik machen, eine himffällige sei. Auch drohe man schon jetzt (wie wenn Hr. Thiers das Manifest des Marshall Mac Mahon gehandelt hätte), sich an das Verdict des Landes nicht zu kehren, wofür dasselbe die alte Majorität zurückschickte.

Man will die Kammer auf's neue auflösen und immer wieder, so oft es bis zum Jahre 1880 nöthig sein sollte. Zum Auslösen gehört aber Zeit, und wenn der 31. Dezember heranrückt, ohne daß das Budget votirt ist, will man die Steuern trotzdem erheben. Man hat ja überdies den Senat; der Senat wird das Budget bewilligen und dann ... und dann ... man hat die Gewalt, man wird sie an-

wenden! Hat man wohl jemals eine unerhörtere Verletzung aller Prinzipien erlebt, aller Prinzipien der Republik wie der Monarchie, Prinzipien, die man selbst in Konstantinopel nicht mehr säugnet.

So gelangt das Manifest zu dem andern Schlagworte: man müsse Frankreich retten und zu diesem Behufe Widerstand leisten. Das habe man auch unter Karl X., unter Ludwig-Philipp, unter Napoleon III. gesagt.

Was verlangte man unter Karl X.? Es sollte anerkannt werden, daß der König ohne die Kammer, d. i. ohne das Land nichts vermöchte. Man hat Widerstand geleistet bis zu den berechtigten Ordnungen. Frankreich ging nicht zu Grunde, aber das Königthum Karls X. ging zu Grunde und alle parlamentarischen Prinzipien fanden in der Charte von 1830 ihre Bestätigung. Frankreich litt dabei ohne Zweifel, aber bald blühte es wieder auf und sein Geheiß verpackte lange fortzubauern. Leider hatte man einen Punkt übersehen. Der Wahlsatz zog zu enge Schranken. (Le cens electoral était trop restreint, heißt es im Texte, was jedenfalls nur eine physische Fälschung ist.) Zweihunderttausend Wähler sollten 37 Millionen Franzosen vorstellen. Der Uebelstand war augenfällig. Man verlangte eine bescheidene Reform, welche dreißig- oder vierzigtausend Wähler mehr gegeben hätte. Sogleich erscholl der Ruf: Frankreich wird zu Grunde gehen, wenn man der Revolution nicht widersteht! Man hat widerstanden; die Revolution von 1848 brach aus und gab uns das allgemeine Stimmrecht, d. i. 8 oder 9 Millionen Wähler. Frankreich ist gleichwohl nicht zu Grunde gegangen, sondern nur das konstitutionelle Königthum, welches uns eine vernünftige Freiheit hätte gewähren können. Frankreich erhalte sich von den Leiden, welche diese Revolution, wie jede, mit sich brachte, und gelangte durch dreijährige Aufregungen und Wirren zu Napoleon III. Dieser bedachte sich nicht lange und um Frankreich zu retten, wurden uns alle Freiheiten auf einmal genommen. Die kaiserliche Verfassung von 1854 wurde wieder hergestellt; keine Presse, keine parlamentarische Debatte; alljährlich eine vierzehntägige Budgetverhandlung und dann Schweigen. Der Kaiser regierte allein. Er hielt alle Freiheiten in seiner Hand und mußte später diese Hand doch wieder öffnen. Die Freiheiten entschloßten ihr und hätten ihn vielleicht gerettet. Da schrie man aber sogleich wieder, Frankreich geht zu Grunde! und inständig suchte er im Kriege eine Zuflucht gegen die wiedererzehlenden Freiheiten. Diesmal wäre Frankreich beinahe wirklich zu Grunde gegangen; es wurde nur zerstückelt und mußte dem siegreichen Feinde einen enormen Theil seiner Reichthümer abtreten. Aber es hat sich am Ende doch gerettet. Frankreich ist nicht zu Grunde gegangen; aber drei Regierungssysteme sind zu Grunde gegangen und Frankreich war hart mitgenommen, ehe es in drei Schritten zu der modern-demokratischen Staatsform gelangt ist.

Sollte, fragt jetzt das Manifest in einer hirtreißenden Tirade, jener verwüstende Strom, vor dem man Frankreich beständig behüten will, nicht in Wahrheit der die ganze Menschheit mit sich fortziehende Geist des 19. Jahrhunderts sein?

Wer hat dieses 19. Jahrhundert gemacht? Nicht wir, ebn so wenig, wie wir das 16. gemacht haben, aus welchem Bacon und Cartesius, d. h. die moderne Philosophie, hervorgegangen sind, das 17., das Jahrhundert Pascal, Bossuet, Newton, Leibnizens, das 18., endlich, welches Montesquieu, Voltaire, Rousseau, Friedrich den Großen und jene herrliche französische Philosophie hervorgebracht hat, die, indem sie die Gesetze der Gesellschaft erforschte, die feudalen Monarchien zertrümmerte und, indem sie die Wissenschaft auf das Wohlergehen des Menschen anwandte, Europa und beiden Welten die „Menschenrechte“ verlieh, nicht die Gleichheit der Lage, aber die Gleichheit der Rechte als Mittel, die Gleichheit der Lage, soweit dies möglich ist, zu erringen, jene Philosophie, welche die Leibeigenen in Rußland und die Neger befreite, den Menschen die Dampfkraft und allen Völkern die Denk- und Gewissensfreiheit gab, welche den Blicken des Menschen die himmlischen Sphären öffnete und La Place das Geheimniß des Weltsystems enthüllte. Wäre es nicht ein wahrer Anachronismus, sich Fortschritten zu widersetzen, die der ganzen Menschheit so viel Gewinn gebracht haben und zu denen Frankreich zu seinem eigenen Ruhme das Signal gegeben hat; denn es schritt in der That, die Leuchte des Genies in der Hand, an der Spitze der Menschheit!

Das Manifest predigt also noch einmal die vernünftigste, konservativste Republik und fordert die Wähler auf, mit ihrem Votum folgende Wahrheiten zu bekräftigen:

Das Volk allein ist souverän. Die Republik ist die Regierungsform, vermittelt deren es seine Souveränität ausübt. Die Souveränität wird ausgeübt durch ein wählbares Staatsoberhaupt, genannt Präsident der Republik, und durch zwei Kammern, welche in der verfassungsmäßigen Form zu handeln haben. Das wählbare Oberhaupt kann nur unter Mitwirkung dieser beiden Kammern und der von der Majorität genehmigten Minister regieren. Die Mitwirkung einer einzigen Kammer würde nicht genügen und das Gesetz oder die Geldmittel, welche nur eine der beiden Kammern bewilligt hätten, wären schlechterdings ungültig. Die Steuer, welche nicht von beiden Kammern bewilligt ist, dürfte nicht erhoben werden und der Versuch, sie zu erheben, wäre ein Attentat gegen die Verfassung, das Vermögen und die Freiheit der Bürger. Wenn durch ein Votum ein Zwiespalt zwischen den Gewalten und insbesondere zwischen dem Präsidenten und der gewählten Kammer konstatirt und diese Kammer in Folge dessen aufgelöst wird, so muß die vollziehende Gewalt in möglichst kurzer Frist eine neue einberufen. Die Verlängerung dieser Frist über die unerlässlichen Grenzen hinaus ist eine Verletzung des Gesetzes; aber neunzig Tage hinaus wird sie eine Verletzung des Gesetzes selbst und muß als ein Attentat gegen die Verfassung angesehen werden. Wenn die Wahlen regelmäßig vor sich gegangen sind, so ist der Streit ausgetragen und der Widerstand gegen den Willen der Nation wäre ein Widerstand gegen die Verfassung selbst. Eine neue Auflösung könnte erst nach einer Session erfolgen, in der neue Streitfragen aufgeworfen worden wären, über welche das Land noch nicht erkannt hat. Jede Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften,

